

„Bärendienst erwiesen“

Hilchenbacher Grüne lehnen Bundesverkehrswegeplan ab

sz **Hilchenbach.** „Der Spuk um die sog. Route 57 geht in die nächste Runde. CDU und SPD vertreten nicht, sondern verletzen die Interessen der Region.“ Mit dieser Aussage kommentieren die Hilchenbacher Grünen die Entscheidung, die Umgehungsstraßenkette in den vor-dringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) einzustufen. Es handele sich um „Straßenbaupolitik der 60er-Jahre“, meinen die Grünen. „Dob-rindts ‚Wunschliste‘ setzt auf Beton statt auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Er entscheidet vorbei an den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen im Land und setzt stattdessen auf unsinnige Prestige-projekte auf Kosten von Mensch, Natur und Umwelt.“

Der Bundesverkehrswegeplan und die darauf basierenden Ausbaugesetze (Straße, Schiene, Wasserstraße) seien nicht zukunftstauglich. „Weder sind alle Projekte bis 2030 zu finanzieren, noch trägt der Plan zur Begrenzung der Inanspruchnahme von Fläche, Natur und Landschaft bei.“

Eine Netzplanung über alle Verkehrsträger fehle. Verlagerung auf die umweltfreundliche Schiene und Wasserstraße spiele im Plan keine Rolle. „Eine ergebnisoffene Prüfung von Alternativen hat nicht stattgefunden, und aus der Öffentlichkeitsbeteiligung zu den Umweltaus-

wirkungen wurden keine Konsequenzen gezogen.“

Die Grünen möchten „die Wünsch-dir-was-Liste namens Bundesverkehrswegeplan endlich aussortieren und lehnen ihn im Grundsatz ab“. Was gebraucht werde, sei ein ehrlicher und nachhaltiger Plan, der sich an den Bedürfnissen zukünftiger Mobilität orientiert und ambitionierten Klimaschutz von Anfang an mitdenke. „Das bedeutet auch, bestehende Verkehrswege zu optimieren, statt immer neue zu bauen. Daher wollen wir den BVWP zu einem Bundesnetzplan weiterentwickeln.“

Wer glaube, den Bedürfnissen der Menschen und Unternehmen in der Region mit diesem Wunschzettel einen Dienst zu erweisen, irre. „In Wahrheit leistet die Verkehrsplanung von CDU und SPD der Region einen Bärendienst, der zu weiterem Stillstand bei der Lösung der auch von uns gesehenen Verkehrsproblematik insbesondere im Güterverkehr führt“, so die Grünen weiter.

„Wir bedauern, dass es bisher nicht zu der von uns wiederholt geforderten regionalen Verkehrskonferenz gekommen ist, die finanzierbare und zügig umsetzbare Maßnahmen verabreden könnte, anstatt immer wieder nur auf den verkehrspolitischen Weihnachtsmann zu setzen.“